

Wien, am Freitag, den 13. Dezember 1929

-----  
Budgetdebatte

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 13. Dezember 1929

Vorsitzender GR. Hofbauer eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung fort.

GR. Hörmayer (E.L.) kritisiert, dass in der Wohlfahrtspflege der Bürokratismus die Arbeit lähmt. Er beschäftigt sich dann mit der Schulpflege, für die er einen grösseren Aufwand verlangt, über die Säuglingswäsche und über das Stadion. Obwohl der Gemeinderat für das Stadion schon fünfeinhalb Millionen Schilling bewilligt hat, weiss man noch immer nicht, was eigentlich im Prater gebaut wird. Es muss dringendst verlangt werden, den Gemeinderat über den Bau des Stadions eingehendst aufzuklären. Schliesslich beantragt GR. Hörmayer, allen erwerbsunfähigen und fürsorgobedürftigen alten Leuten von 70 Jahren und darüber die Höchstpfründe von 56 Schilling zu geben und entsprechend der am 4. Oktober automatisch erfolgten Erhöhung der Erhaltungsbeiträge auch die Pflegegelder und Pflegebeiträge zu erhöhen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) führt aus, dass schon das Bruttoerfordernis von 112 Millionen Schilling für das Wohlfahrtswesen die grosse Bedeutung desselben kundgibt. Dass gerade diese Verwaltungsgruppe das höchste Erfordernis aufweist, ist selbstverständlich, da es die erste und vornehmste Aufgabe der Gemeinde ist, Fürsorge zu betreiben, dafür zu sorgen, dass es in dieser Stadt keine Notleidenden gibt. Dem Bruttoerfordernis stehen 17 Millionen an Bruttoeinnahmen gegenüber, sodass der Nettoaufwand über 94 Millionen Schilling beträgt. Bedauerlicherweise aber werden für diesen Nettoaufwand für das Wohlfahrtswesen 79 Millionen Schilling durch die Fürsorgeabgabe aufgebracht, die wohl die drückendste Steuer darstellt, die das Erwerbs- und Wirtschaftsleben schwer unterbindet. GR. Pfeiffer kommt dann auf die Verpflegskostenrückstände zu sprechen, die das Ausland der Stadt Wien schuldet. Die Tatsache, dass Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei nichts zahlen, ist eine europäische Schande und es ist dringend geboten, an die Regierung zu appellieren, damit energische diplomatische Schritte zur Liquidierung dieses Skandals unternommen werden. GR. Pfeiffer lehnt sodann den Armensammeltag als der Gemeinde Wien unwürdig

ab. Seine nächsten Ausführungen gelten der Sportförderung. Für die körperliche Erziehung ist ein Aufwand von 75.000 Schilling vorgesehen. Das ist wohl herzlich wenig, wozu noch kommt, dass ein grosser Teil dieser Gelder leider für parteipolitische Zwecke verwendet wird, obwohl es in der Frage der körperlichen Ertüchtigung insbesondere unserer Jugend keine Weltanschauung geben soll. GR. Pfeiffer kritisiert, dass das Stadionkomitee nicht mehr einberufen und dadurch den Komiteemitgliedern die Möglichkeit genommen wird, sich über den Fortgang der Arbeiten zu informieren. Mit dem Bau des Stadions allein ist aber nicht alles für die körperliche Ertüchtigung getan. Auf diesem Gebiet muss noch viel ernste und gewissenhafte Arbeit geleistet werden. So zum Beispiel der Bau einer Sporthalle im Zentrum der Stadt, wozu gerade die Gemeinde berufen ist, die Initiative zu ergreifen. Notwendiger jedoch ist die Anlage von Übungsplätzen, die für eine durchgreifende körperliche Ertüchtigung unerlässlich sind, GR. Pfeiffer schliesst seine Ausführungen mit dem Appell, den Körpersport von jeder Parteipolitik zu befreien und ihm zu einer Sache des ganzen Volkes zu machen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Brinke (E.L.) bemerkt, für das Wohlfahrtswesen sei eine sehr respektable Summe ausgeworfen, aber diese hohe Summe reicht nicht hin, um allen Anforderungen zu entsprechen. Darin zeigt sich der innere Widerspruch der sozialdemokratischen Verwaltung. Diese Verwaltung hat unser ganzes Wirtschaftsleben lahmgelegt, so dass ein grosser Teil der Wiener fürsorgebedürftig ist. Die Arbeiter und Angestellten benötigen keine Fürsorge, sondern vor allem Arbeit und Brot. Und die Gemeinde müsste daher, statt eine unzureichende Fürsorge zu tätigen, vor allem den Arbeitern und Angestellten Arbeit und Verdienst schaffen. Der Redner bestreitet sodann, dass das Wohlfahrtswesen Wiens als vorbildlich bezeichnet werden könne, indem er auf die Wohlfahrtspflege in anderen Grossstädten, vor allem in München und Berlin hinweist, und hiebei insbesondere die öffentlichen Ausspeisungen in München und die Einrichtung des Obdachlosenheimes in Berlin ausführlich bespricht. Er weist auch darauf hin, dass in München die Durchschnittsrente vierzig bis fünfzig Mark, bei uns aber rund zwanzig Schilling beträgt, wobei in München zu dieser Rente noch Zuschläge und vor allem noch Familienzuschläge kommen. Er verlangt eine Aufstellung über die Höhe der den einzelnen Rentnern gewährten Renten und führt dann Klage darüber, dass sich auch das Wohlfahrtswesen von der Parteipolitik nicht los machen könne. Das zeigt sich am besten bei Vergebung von Subventionen an die Sportorganisationen. Im Jahre 1929 haben die an Mitgliederzahl und sportlichen Einrichtungen schwächeren sozialdemokratischen Organisationen von dem Gesamtbetrag für Subventionen drei Viertel bekommen und ebenso sind aus den Handgeldern die dem Stadtrat

zur freien Verfügung stehen, vor allem sozialdemokratische Organisationen beteiligt worden. Wir haben wiederholt gefragt, nach welchem Schlüssel die Subventionen verteilt werden, man ist uns bis heute die Antwort schuldig geblieben. Die Gemeindeverwaltung hat die Interessen der Wiener zu vertreten und auch die Nichtsozialdemokraten in dieser Stadt sind Wiener und haben ein Recht darauf mit den Sozialdemokraten gleich zu behandelt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Wir werden gegen dieses System schrankenloser Parteiherrschaft auch weiterhin kämpfen und solange Sie diese Politik der Gewalt betreiben, kann es keine Verständigung geben. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Der Redner appelliert zum Schlusse an den Stadtrat Tandler die Subventionen endlich nach einem gerechten Masstab zu verteilen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Heinrich (E.L.) bemerkt, es sei zu bedauern, dass selbst in der Friedhofsverwaltung Parteipolitik betrieben werde. Während für die Erhaltung der Anlagen und Gehwege in 12 Friedhöfen im ganzen 244.000 Schilling eingesetzt sind, ist für das Krematorium allein 37.000 Schilling vorgesehen. Der Redner erinnert sodann daran, dass die Marnalser Bezirksvertretung wiederholt und immer ohne Erfolg die Erweiterung des Marnalser Friedhofes verlangt habe, wo vor einigen Jahren die Sperre des Belags von Eigengräbern verfügt wurde. Die Gemeinde könnte diesen Friedhof leicht erweitern, da sie sowohl selbst Grund und Boden hat und Anrainer sich auch bereit erklärt haben, ihren Grund der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Es müssten nach der Erweiterung nicht nur Eigengräber, sondern auch Schachtgräber geschaffen werden, damit die arme Bevölkerung des 17. Bezirks ihre Toten in der nächsten Nähe bestatten können. (Beifall bei der E.L.)

GR. Körber (E.L.) führt darüber Klage, dass der <sup>Stand des</sup> Bürgerspitalsfonds sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Für das Jahr 1930 wird diesem Fonds ein Gebarungsabgang von über einer Million Schilling in Anrechnung gebracht und bis zum Jahre 1930 hat der Abgang die ansehnliche Summe von über zehn Millionen erreicht, während dieser Fond in früheren Jahren immer einen Ueberschuss gehabt hat. Der Fonds kommt dadurch in eine immer schlimmere Lage. Eine Aufstellung über das unbewegliche Vermögen des Bürgerspitalsfonds zeigt sein gewaltiges Vermögen. In der Leopoldstadt hat er grosse Grundflächen besessen, die jedoch von der Gemeinde verbaut wurden. Die Gemeinde zahlt dafür einen Pappenstiel. Für die Gründe des ehemaligen Bürgerversorgungshauses wurden dem Fonds bloss 5000 Schilling gutgebucht. Der Redner bespricht sodann das Bettlerunwesen in Wien, das dem Ansehen der Stadt

gewiss nicht förderlich ist. Es ist daher notwendig, gegen das Bettlerwesen einzuschreiten. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert Professor Dr. Tandler auf die Ausführungen der einzelnen Redner, Bezüglich der Verteilung der Säuglingswäsche, erklärt der Referent, dass sie ein Erziehungsmittel für die Mütter ist. Es werden jährlich gegen 12.000 Pakete Säuglingswäsche verteilt, von denen nur eine ganz geringe Zahl an bemittelte Mütter abgegeben werden. Hinsichtlich der Leistungen der Gemeinde auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge stellt Professor Dr. Tandler fest, dass es im Zusammenwirken mit dem Bund gelungen ist, viele Verbesserungen im Arbeitsnachweis und in den Auszahlungsstellen durchzuführen. So wird der Arbeitsnachweis vom 23. Dezember an vom Wimberger in die Stumpergasse verlegt. Der neue Nachweis wird die Amtsvorstehung, alle Agenden der Arbeitslosenversicherung und die Kontrolle für ungelernete Hilfsarbeiter bis zu 22 Jahren umfassen. Die Vermittlung und Kontrolle für ungelernete Hilfsarbeiterinnen bis zu 22 Jahren kommt in die Rosinagasse. Ferner wurde der Auszahlungsmechanismus auf ein Minimum des Zeitaufwandes reduziert. Eine Reihe von neuen Arbeitsvermittlungsstellen ist in Aussicht genommen. Bezüglich des Stadions erklärt der Referent, dass mit Ausnahme des Aufgebens der Ueberdachung an den seinerzeitigen Plänen nichts geändert wurde. Würde der Bund für den Bau des Stadions die produktive Arbeitslosenquote zur Verfügung stellen, könnte das Dach gebaut werden. So aber kostet die Errichtung der Ueberdachung so viel, dass die Gemeinde davon Abstand nehmen musste. Auf den Vorwurf der parteimässigen Vergebung von Subventionen an Sportvereine erklärt Professor Dr. Tandler, dass es sehr notwendig wäre, dass alle öffentlichen Körperschaften jede Ausgabe für eine Subvention fatieren. Die Vereinigungen wieder müssen ebenfalls Rechnung legen. Solange das nicht geschieht, kann die Gemeinde Wien von ihrem Standpunkt nicht abgehen. Am Schlusse seiner Ausführungen kommt Stadtrat Professor Tandler auf die seinerzeitige Rede des Gemeinderates Angermayer über die Verwahrlosung des Heldenfriedhofes zurück, und bemerkt, er selbst hatte damals dem GR. Angermayer in etwas zu weit gehender Weise zugestimmt. Er habe sich aber am nächsten Tage persönlich von dem Zustand des Heldenfriedhofes überzeugt, darüber davon auch Photographien anfertigen lassen und stelle diese Photographien den Gemeinderäten zur Verfügung, damit sie diese Lichtbilder der seinerzeitigen Beschreibung des GR. Angermayer entgegenhalten können. Diese Bemerkungen des StR. Professor Tandler rufen auf den Bänken der Einheitsliste zahlreiche Zwischenrufe hervor. GR. Angermayer ruft: Der Zustand ist ein Skandal! Das sind aufwurfshügel und keine Gräber! Wir werden darauf noch

zurückkommen! GR. Kunschak: Das sind wahrscheinlich Photographien a la Potemkin! GR. Schleifer: Das Geschrei verdeckt nicht die Wahrheit der Photographie. Unter zahlreichen Zwischenrufen auf der rechten und linken Seite des Hauses schliesst StR. Tandler seine Ausführungen, indem er bittet, der Verwaltungsgruppe III die Zustimmung zu erteilen.

Es wird nun über die Verwaltungsgruppe I und III abgestimmt und die Budgetposten dieser Gruppe angenommen. Bei der Abstimmung über die im Laufe der bisherigen Debatte gestellten Anträge wird der in der Generaldebatte gestellte Antrag Kummelharts, betreffend die Schulleiterernennungen und der zu Gruppe III gestellte Antrag Wawerka abgelehnt und die zu Gruppe I gestellten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird sodann die Spezialdebatte über das Budget unterbrochen und amtsführender Stadtrat Speiser berichtet über einen neuen Arbeitsvertrag für die Strassenbahner.

Er führt aus: Der vorliegende Vertrag wurde in langwierigen Verhandlungen mit den Bediensteten ausgearbeitet. Aus dem neuen Vertrag sind besonders zu erwähnen eine verbesserte, den Arbeitserfolg steigernde Arbeitsverteilung in der Hauptwerkstätte, der Oberbauwerkstätte und der Kraftstellwagenwerkstätte. Die Leistungszulage wird an ein vorgeschriebenes Arbeitsmass geknüpft und kann bei einer Unterleistung aberkannt werden. Durch eine zweckentsprechende Dienstenteilung wird auch im Bahnerhaltungsdienst eine Arbeitssteigerung herbeigeführt werden. Aehnliche Bestimmungen enthält der neue Vertrag auch für die Wagenrevisionen. Beim Werkstättenpersonal wird zur Erreichung eines einheitlichen Lohnsystems statt der bisherigen einjährigen eine zweijährige Vorrückungsfrist festgesetzt. Das Werkstättenpersonal erhält einen Anfangsbezug von 258 und einen Endbezug von 400 Schilling, beziehungsweise 290 und 388 Schilling monatlich. Der angelernte Arbeiter <sup>erhält</sup> nach dem neuen Vertrag einen Anfangsbezug von 222 und einen Endbezug von 380, beziehungsweise 265 und 358 Schilling monatlich. Die ungelerten Arbeiter erhalten einen Anfangsbezug von 206 und einen Endbezug von 354, beziehungsweise 243 und 332 Schilling monatlich. Die Bezugsaufbesserungen für das Werkstättenpersonal erfolgen in der gleichen Höhe, wie die schon im Juni beschlossenen Erhöhungen für das Fahrpersonal. Die Autobusbediensteten werden dem Kollektivvertrag für das Fahrpersonal der Strassenbahnen unterstellt, wobei gewisse Bestimmungen, die mit der Eigenart dieses Betriebes zusammenhängen, eingeschaltet werden sind.

Die Vorlage enthält auch die Bestimmung, dass alle Bediensteten der städtischen Strassenbahnen einen vierzehnten Monatsgehalt bekommen. Beantragt werden ferner einige Änderungen in der Dienstordnung, die sich vor allem auf die Löschung von Disziplinarstrafen und auf die Strafnachsicht erstrecken.

Durch diese Vorlage erhoffen wir uns für den Strassenbahnbetrieb im Interesse der Bevölkerung eine allen wirtschaftlichen Grundsätzen genügende Betriebsführung. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass durch die Wirtschaftlichkeit die den neuen Vertrag innewohnt, das Personal rücksichtslos ausgeschunden wird. Dem Angestellten werden zehn Schilling gegeben, dafür wird ihm aber um zwanzig Schilling Lebenskraft genommen. Mit dieser Methode muss gebrochen werden. Beim Bund fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten immer die Gleichstellung der Altpensionisten mit den Neupensionisten. Hier in der Gemeindeverwaltung aber gehen sie rücksichtslos über die Pensionisten hinweg. (GR. Holaubek: Die Behandlung der Pensionisten ist ein Skandal. Diesen Standpunkt der Gemeinde kennzeichnet auch die Antwort, die St. R. Speiser einer Pensionistendeputation die eine wesentliche Verbesserung ihres Lebensstandartes erreichen wollte, gegeben hat. Sie lautete nämlich: Für Leute die spazieren gehen, haben wir kein Geld. (St. R. Speiser: Den Ausspruch habe ich niemals getan!) Der Redner kritisiert sodann, dass es unmöglich ist, auch nur einen nichtmarxistischen Angestellten und Arbeiter bei der Gemeinde unterzubringen. Auf diese Art sind die städtischen Unternehmungen zu wahren Brutstätten der Marxisten geworden. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Gschladt (E.L.) erklärt, dass auch diesem Vertrag der schwere Mangel anhaftet, nur zufolge einer einseitigen Verabredung zustande gekommen zu sein. Die städtischen Angestellten werden nicht ausnahmslos von einer Gewerkschaft vertreten und wir fordern, dass der Dienstgeber bei Verhandlungen mit den Angestellten alle Teile der Angestellten zu hören hat. Es ist unsozial und verwerflich, sich Massnahmen zugunsten der Angestellten von Massnahmen zugunsten der Rationalisierung abkaufen zu lassen, wie es auch in diesem Falle wieder geschehen ist. Der Redner erklärt, dass der vierzehnte Monatsgehalt nur eine Sonderzahlung ist, nicht aber als eine Gehaltsregulierung angesprochen werden kann. Auch er kritisiert die Behandlung der Pensionsparteien, wobei er erklärt, dass auch in diesem Punkt die Partei der Arbeiter durch ihre Arbeiterfeindlichkeit glänzt. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Speiser führt in seinem Schlusswort aus, dass vom einem Ausschinden der Angestellten nicht gesprochen werden kann. Die Arbeitsverhältnisse bei der Wiener Strassenbahn sind ähnlich wie bei anderen grossen Strassenbahnen in Deutschland und sicher besser als bei den anderen Strassenbahnen in Oesterreich. Bezüglich der Pensionsparteien erklärt er, dass es die Lage der Pensionskasse leider nicht ermögliche, die Pensionsbezüge zu steigern. Gegenüber der Auffassung, dass der 14. Monatsgehalt nur eine Sonderleistung sei, stellt der Referent fest, dass es sich dabei um einen klagbaren Lohnanspruch handelt. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Arbeitsvertrag, Werkstättenvertrag sowie die Dienstordnung werden genehmigt.

Es gelangt nun die Verwaltungsgruppe Wohnungswesen zur Beratung. Sie wird von dem amtsführenden Stadtrat Weber eingeleitet. Er führt aus: Die Wohnungspolitik gibt der Gemeinde das Gepräge. Sie ist in jeder Beziehung für den Haushalt jedes einzelnen Bewohners dieser Stadt von grösster Bedeutung. Sie steht daher mit vollem Recht im Lichtkegel aller Kritik und der Betrachtung ihrer Anhänger und Gegner.

Das erste grosse Bauprogramm von 25.000 Wohnungen und das Zusatzprogramm von 5000 Wohnungen ist erfüllt. Im Mai 1927 hat der Gemeinderat den Bau von weiteren 30.000 Wohnungen beschlossen, die von 1928 angefangen, in einem Zeitraum von fünf Jahren gebaut werden müssen. Auch ein Teil dieser Wohnungen ist heute bereits fertig und bezogen. In den Voranschlägen der Gemeinde wurden bisher 553 Millionen Schilling für den Wohnungsbau bewilligt. Der Voranschlag für 1930 sieht 90 Millionen Schilling vor. Selbstverständlich können die Kosten von 6000 Wohnungen, diese Zahl wird jedes Jahr gebaut, nicht genau präliminiert werden. Dazu wären nicht nur sehr umfangreiche Kostenvoranschläge erforderlich, sondern man müsste geradezu mit prophetischem Blick nicht alle Preisänderungen auf dem Baustoff- und Arbeitsmarkt voraussehen. Im Laufe dieses Jahres wurden beispielsweise die Löhne der Bauarbeiter um 10 bis 11 Prozent erhöht, was die Baukosten um vier bis fünf Millionen Schilling steigerte. Die Tarifierhöhung der Bundesbahnen von rund 21 Prozent blieb selbstverständlich auch auf die Baukosten nicht ohne Einfluss. Es handelt sich um nicht weniger als 500.000 Tonnen, die bei der Tarifberechnung in Frage kommen. Allgemein bekannt ist, dass in den letzten zwei Jahren alle Preise sehr stark angezogen haben. Der wöchentliche Geldbedarf für die städtischen Bauten beträgt mindestens 2½ Millionen Schilling. Der im Budget genehmigte Kredit bezieht sich immer auf alle im Bau befindlichen Wohnungen. Die endgültigen Baukosten können erst nach Abschluss des einzelnen Baues ermittelt werden. Die Mitglieder des Finanzausschusses und des Ausschusses für Wohnungswesen haben vor einigen Tagen die Abrechnungstabelle über die zuletzt bilanzierten Bauten zugestellt erhalten. Rund die Hälfte der Bauten sind schon zur Gänze abgerechnet. Die Abrechnung ergibt, dass die Kosten einer 48'5 Quadratmeter grossen Wohnung 14.400 Schilling betragen, worin aber die Ausgaben für Geschäftslokale, Zentralwäschereien, Badeanlagen, Bibliotheken und Horte bereits eingerechnet sind. Ein Siedlungshaus mit einem Ausmass von 65 Quadratmeter kostet einschliesslich der zehnpromzentigen Siedlerleistung 14.000 Schilling. Die Abrechnung hat auch ergeben, dass für die Bauten des Jahres 1924 für den Quadratmeter verbauter Fläche 102 Schilling und für den Kubikmeter umbauten Raum 32'80 Schilling von der Gemeinde ausgegeben wurden. Im Jahre 1928 waren die Ausgaben für den Quadratmeter 177 Schilling, für den Kubikmeter 50 Schilling. Daraus ersieht man die Steigerung der Baukosten. Die Fachleute werden zugeben, dass diese Kosten verhältnismässig gering sind. Es ist von Interesse festzustellen, wie hoch sich der durchschnittliche Preis des Kubikmeters umbauten Raumes bei privaten Bauten stellt. Aus den bisher bei der Geschäftsstelle für die staatliche Wohnbauförderung eingereichten Privatbauprojekten ergibt sich, dass bei Miethäusern mit Kleinwohnungen der Kubikmeter umbaute Raum auf 62'27 bis 66 Schilling kommt. Die Ein- und Zweifamilienhäuser sind unverhältnismässig teurer als die Siedlungshäuser der Gemeinde Wien. Tatsache ist, dass die Gemeinde billig baut.

Nach dieser Darstellung erlaube ich mir nunmehr einen Gesamtüberblick über die Wohnbautätigkeit der Gemeinde zu geben. Bis zum 31. Dezember 1929 werden insgesamt 38.204 Wohnungen bezogen sein. Im Bau befinden sich derzeit auf 84 Baustellen insgesamt 8936 Wohnungen, ferner wird gegenwärtig an den Projekten für weitere 14.400 Wohnungen auf 73 Bauplätzen gearbeitet. Der Gemeinderat hat beschlossen, auch die Bundeswohnbauförderung in Anspruch zu nehmen und im Rahmen der staatlichen Wohnbauförderung bis zu zehntausend Wohnungen zu bauen. Die Gemeinde Wien hat bereits bei der staatlichen Geschäftsstelle 16 Projekte mit rund 1600 Wohnungen zur Genehmigung eingereicht. Leider wurde bis heute noch nicht ein einziger Bau bewilligt. (Hört! Hört! bei der Mehrheit) Ich hoffe aber, dass in der allernächsten Zeit eine Erledigung unserer Ansuchen erfolgt.

Vor Jahren wurde von mir der Auftrag erteilt, möglichst viele freischaffende Architekten zur Planverfassung heranzuziehen. Rund 200 Privatarchitekten haben bisher von der Gemeinde Aufträge erhalten. Etwa ein Viertel aller Bauten wurden von den Architekten des Magistrates selbst projektiert. Die Architekturabteilung wirkt natürlich auch bei der Projektverfassung der Privatarchitekten mit. Die Vielgestaltigkeit der künstlerischen Lösungen bei den Bauten und die Betonung einer besonderen Wiener Note ist gewiss der Heranziehung einer so grossen Zahl freischaffender Architekten zu danken. (Lebhafte Zustimmung).

St. R. Weber gibt nun einige sehr interessante Zahlen über den Materialverbrauch bei den städtischen Wohnbauten bekannt. Bisher wurden nicht weniger als 607.868 Eisenbahnwaggons Material verbraucht, die hintereinander gestellt einen 3500 Kilometer langen Zug bilden würden. An Bausand wurden

350.000 Waggons verarbeitet, an Zement 30.000 Waggons, an Mauerziegel 170.815, an Bauplatten 10.343, an Schottermaterial 7000, an Kalk 6550, an Edelputz 5600, an Kunststein 5235, an Betonrundeisen 3500, an Gips ebenfalls 3500, an Klinkerziegel 2560, an Dachziegel 2550, an St einen 2431, an Fenstern und Türen 1436, an Glas, Eisen- und Metallgegenständen 963, an Farben, Lacken und Dachpappe 410 und an Linoleumbelag drei Waggons. Weit über Wien hinaus hat dieser gewaltige kaum vorstellbare Materialeinkauf der Geschäftswelt Verdienst, der Arbeiterschaft und dem Gewerbe Beschäftigung gegeben. Es wurde damit eine wahrhaft grosszügige Arbeitslosenfürsorge geleistet. (Beifall bei der Mehrheit).

Auch der Verbrauch an Baugelände zeigt die Grösse der Wiener städtischen Wohnbautätigkeit. Für die Hochbauten wurden 1.2 Millionen Quadratmeter verwendet, davon aber nur rund 45 Prozent verbaut. Die andere Fläche wurde für Gartenanlagen und Höfe beansprucht. Für die Siedlungsanlagen wurden 1.9 Millionen Quadratmeter verwendet. Auf diesem Gelände sind 5170 Einfamilienhäuser und ausserdem noch 601 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern errichtet worden. Zusammen hat die Gemeinde bisher 3.1 Millionen Quadratmeter verbaut.

Wir können mit Stolz sagen, dass Wien auf dem Gebiet des Wohnungsbaues in Europa führend geworden ist. Unsere Wohnhausanlagen enthalten auch mannigfache soziale, gesundheitliche und kulturelle Einrichtungen. Ich will nur erwähnen, dass bisher 27 zentrale Waschküchenanlagen, ferner 59 zentrale Badeanlagen, 11 Kinderhorte, 46 Kindergärten, 19 Jugendhorte, 10 Mutterberatungsstellen, 6 Tuberkulosefürsorgestellen, 4 Schulzahnklinien, zwei Turnsäle, sechs Vortragsäle, 14 Krankenkassenambulatorien, zwei Feuerwachen, 16 Bibliotheken und 38 Lokale für die Hausgemeinschaften und Vereine errichtet worden sind.

Ende 1929 wird die Gemeinde 51.166 Wohnungen und 2875 Geschäftslokale verwalten. Für die Instandhaltung der Häuser ist im Voranschlag ein Betrag von 1,982.650 Schilling vorgesehen.

Sehr eingehend beschäftigt sich nun Stadtrat Weber mit dem Kapitel Wohnungsvermietung. Er teilt mit, dass am 1. Jänner 1929 bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung 22.392 Wohnungssuchende vorgemerkt waren. Bis 1. November 1929 wurden 5346 Parteien untergebracht. Die Frage, wieso es komme, dass trotz der grossen Wohnbautätigkeit noch immer eine so grosse Wohnungsnot bestehe, beantwortet StR. Weber sehr eingehend. Er verweist darauf, dass für eine Grosstadt die Regel gilt, für je hundert Beschliessungen unter Berücksichtigung der Zuwanderungen 45 bis 50 Wohnungen zu bauen. Die Zahl der Haushaltsgründungen von 1919 bis 1929 ist aber viel grösser gewesen, als in den Vorkriegsjahren. Von 1909 bis 1913 wurden rund 95.000 Wiener Haushalte neu gegründet. Von 1914 bis 1918 rund 77.000. Von 1919 bis 1923 rund 132.000 und von 1924 bis 31. Oktober 1929 rund 99.000. Seit dem Jahre 1924, also seit der Zeit, wo die Gemeinde mit ihrer grosszügigen Bautätigkeit begonnen hat, beträgt der Wohnungszuwachs gemessen an der Zahl der Haushaltsgründungen rund 38 Prozent. Es kommen also auf je hundert neue Haushaltsgründungen 38 Wohnungen. Damit ist der normale Bedarf meiner Ueberzeugung nach gedeckt. Der grosse Abgang, der sich aus der Einstellung der Bautätigkeit in den Jahren 1914 bis 1924 ergibt, wird, weil der Geburtenrückgang auch einen Rückgang der Haushaltsgründungen zur Folge haben muss, durch diesen Ausfall in dem nächsten Jahrzehnt vollständig aufgeholt sein. Nach einigen Jahren werden viel weniger Leute heiraten und die Nachfrage nach Wohnungen wird stark sinken. Der zweite Grund, warum heute noch die Nachfrage nach Wohnungen so gross ist, ist die riesenhafte Zahl kleiner und schlechter Wohnungen. Es gibt nach einer amtlichen Zählung vom April 1917 in Wien nicht weniger als 41.400 Wohnungen, die nur einen Wohnraum haben. Aus Küche und einem Kabinett bestehen 37.426 Wohnungen, ausserdem gibt es in Wien noch einige tausend Kellerwohnungen. Die Bewohner dieser Elendsräume bestürmen natürlich die Gemeinde. Auch der hohe Untermietzins und die vielen gerichtlich gekündigten Familien belasten das Wohnungsamt. Bei den Wiener Bezirksgerichten wurden in den ersten acht Monaten rund 10.000 Kündigungen eingebracht. Nicht übersehen darf auch die grosse Zahl der Baufälligen Häuser werden, die ebenfalls zur Verschärfung der Lage beiträgt. Da gibt es nur ein Mittel: Bauen, solange, bis nicht mehr die Mieter für eine Wohnungen, sondern umgekehrt, die Wohnungen für die Mieter vorgemerkt sind. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Im Voranschlag sind auch 500.000 Schilling als Zuschüsse für den Mietzins in solchen Häusern vorgesehen, in denen der Instandhaltungszins mehr als das Viertausendfache der Friedensmiete beträgt. Bisher wurden für 3230 Wohnungen 16.298 Schilling monatliche Zuschüsse bewilligt.

Die Wohnungspolitik in der Gemeinde bildet einen der stärksten Tragbalken im Wiederaufbauwerk unseres Gemeinwesens. Der Erfolg dieser Politik zeigt sich in den nahezu 40.000 fertigen Wohnungen und in der gesteigerten Lebens- und Arbeitsfreude, sowie in der zuversichtlichen Hoffnung der Wiener Bevölkerung auf Befreiung aus der noch bestehenden Wohnungsnot in einer absehbaren Zeit. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).



GR. Ullreich (E.L.) bemerkt zunächst gegenüber den Ausführungen des St.R. Weber es sei nicht richtig, dass die Opposition den städtischen Wohnhausbau in Grund und Boden verdamme. Wir wenden uns nur dagegen, dass Sie durch Ihre Wohnungspolitik jede andere Bautätigkeit unmöglich machen. Der Redner bestreitet sodann die Behauptung des St.R. Weber, dass die Gemeinde billiger baue als privat gebaut werde indem er bemerkt, der niedrige Einheitspreis bei den Gemeindebauten ergebe sich aus der Mammonsgrösse dieser Bauten und daraus, dass die Gemeinde infolge ihrer Machtstellung sich bessere Baubedingungen zu schaffen versteht als ein Privater, <sup>er</sup> sei aber kein Gradmesser dafür, dass die Gemeinde billig baue. Sodann befasst sich GR. Ullreich mit dem Kleingartenwesen und bedauert, dass die Post für das Kleingartenwesen verringert worden sei. Er verweist auf die vom Kleingartenkongress beschlossenen Forderungen der Kleingärtner und unterstützt namentlich die Forderung nach mehr Gartengelände und nach Förderung der Kleintier- und Bienenzucht. Er stellt weiters fest, dass <sup>nur</sup> 35 Millionen Wohnbausteuer für Wohnungsbauten verwendet werden, die <sup>anderen</sup> übrigen 65 Prozent der Baukosten aber aus Steuergeldern bestritten werden. Sodann übt er Kritik an den Wohnungszuweisungen. Angeblich erfolgen die Zuweisungen durch das Wohnungsamt, in Wirklichkeit aber durch die Parteiorganisationen der Mehrheit. Es besteht hier eine ganz kontrollose Wirtschaft. Wie sehr bei der Wohnungszuweisung die Parteipolitik mitspielt, geht daraus hervor, dass in den Gemeindewohnungen zu 99 Prozent Sozialdemokraten wohnen. Er stellt weiters die Frage, ob die in den städtischen Wohnungen untergebrachten Mieter alle mit I qualifiziert sind und beantragt schliesslich die Einsetzung einer nach dem Grundsatz des Proporz gebildeten Kommission, welche die Zuweisung von Wohnungen vorzunehmen hat. Die Mehrheit müsse für diesen Antrag stimmen, wenn sie nichts zu verbergen hat. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schiener (E.L.) bemerkt, St.R. Weber habe heute mit einer gewissen Begeisterung über die Erfolge des städtischen Wohnbaues gesprochen. Man müsste nach dieser Rede glauben, dass es dem Wiener Baugewerbe glänzend geht, während es in Wahrheit noch niemals ein so grosses Elend unter den Baugewerbetreibenden gegeben hat wie gerade heute. Nur ein ganz geringer Teil der Baugewerbetreibenden wird zu den Gemeindewohnhausbauten herangezogen. Der Redner kritisiert auch das Finanzierungssystem der städtischen Wohnhausbauten und erklärt es für unmöglich, dass so grosse Summen von einer einzigen Generation für Bauten aufgebracht werden, die für Generationen bestimmt sind. Man müsste sich doch endlich entschliessen, für die Wohnhausbauten eine Anleihe aufzunehmen. GR. Schiener macht der Gemeinderatsmehrheit zum Vorwurf, dass

542

sie zur Förderung der privaten Bautätigkeit gar nichts beigetragen habe. Er ersucht um die möglichst rasche Erledigung von Baubewilligungsansuchen und übt Kritik an dem System der Wohnungszuweisungen. Leute aus dem Osten wurden in Wien eingebürgert und es wurden ihnen Wohnungen zugeteilt, während Bodenständige keine Wohnung bekommen. Der Redner verlangt dann eingehende Aufklärungen über Setzungen im Amalienbad, über ein Baugeschehen in dem städtischen Wohnhausbau in der Sechsschimmelgasse sowie über Zementplattenpflasterungen, die in der letzten Zeit bei verschiedenen Wohnbauten gemacht wurden. Er kritisiert, dass durch die wahllosen Grund- und Häuserankäufe die Gemeinde bestrebt sei, den Haus- und Grundbesitz in Wien zu sozialisieren. Armen, gebrechlichen Hausbesitzern werde ihr Hab und Gut um eine kleine Rente abgeschachert. Der Redner kommt dann auf die Unterbringung eines Arbeiterheimes in dem städtischen Wohnhausbau in der Ybbstrasse zu sprechen und erhebt gegen eine solche Vermengung von Steuergeldern den schärfsten Protest. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Millik (E.L.) beschäftigt sich mit den Ueberschreitungen bei einzelnen städtischen Neubauten. Sie sind auf das System Siegel-Fuchs zurückzuführen, da unter deren Aera die Bauten unordentlich durchgerechnet wurden. Darauf ist es zurückzuführen, dass zum Beispiel der städtische Wohnhausbau in der Koppstrasse, der mit 680.000 Schilling veranschlagt war, 1.080.000 Schilling schliesslich kostete. Es ist nur zu begrüßen, dass nunmehr diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht worden ist. Während früher die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen die Baustellen nicht besuchen konnten, ist dies ihnen nunmehr nicht mehr verwehrt. Hinsichtlich der Unterbringung eines Arbeiterheimes in dem städtischen Wohnhausbau in der Ybbstrasse erklärt der Redner, dass diese Angelegenheit einmal schon im Ausschuss für Wohnungswesen behandelt worden ist. Damals jedoch handelte es sich um einen Bibliothekssaal. Nunmehr aber schreibt die Arbeiter-Zeitung, dass dieser Bibliothekssaal ein Arbeiterheim ist. Wir haben schon im Ausschuss darauf verwiesen, dass eine solche Verwendung von Steuergeldern unstatthaft ist. Die Verantwortung tragen Sie und Sie werden dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden. (Beifall bei der Minderheit).

Die Verhandlung wird um 22 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung Montag um 17 Uhr.